

Nachwort

Der toxische Kapitalismus¹

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise erschüttert den neoliberalen Kapitalismus in seinen Grundfesten. Sie breitet sich rasch aus und niemand kann sagen, wie weit sie noch gehen wird. Das folgender Nachwort möchte nicht ihren bisherigen Ablauf Schritt für Schritt rekonstruieren, denn zum Zeitpunkt der Veröffentlichung könnte der Beitrag bereits wieder überholt sein.² Es möchte vielmehr einige Schlüssel zur Erklärung liefern und die sich abzeichnenden sozialen Folgen aufzeigen.

Die Mechanik der Finanzkrise

Die Komplexität der Finanzkrise könnte einen zunächst ein bisschen schwindlig werden lassen, aber dennoch kann man ihre grundlegenden Mechanismen herausarbeiten.³ Ausgangspunkt ist das Vorhandensein einer riesigen Masse »freien« Kapitals auf der Suche nach einer maximalen Rendite. In regelmäßigen Abständen erschließt sich dieses Kapital neue lukrative Märkte und löst eine Anlageeuphorie aus, die nach dem Prinzip der sich selbst erfüllenden Prophezeiung funktioniert: Indem es sich auf den scheinbar profitabelsten Sektor stürzt, treibt es dort die Preise nach oben und bestätigt dadurch den anfänglichen Optimismus. Die Warnungen derjenigen, die darauf verweisen, dass die Börse oder die Hypothekmärkte nicht in den Himmel wachsen können, werden lächerlich gemacht, da ja alles läuft wie geschmiert.

Grafik 1 bringt eine Übersicht über die zeitlichen Eckdaten: Die Börsenkräche von 1987 und 1990 am Vorabend des ersten Golfkrieges; der Boom der *new economy* ab Mitte der 1990er Jahre, der an den Börsen zu einem wahren Rausch führte; die Krisen in Südostasien und in Russland – und die Pleite des Hedgefonds LTCM in den USA – lassen nur kurzfristig etwas Luft aus der Blase, die dann erst 2000 richtig platzt. Die Flucht nach vorne beginnt dann neuerlich zwei Jahre später und führt schließlich zur *subprimes*-Krise, die im Juli 2007 ausbricht.

Damit sich eine Spekulationsblase aufbauen kann, reicht es nicht aus, dass große Kapitalmengen vorhanden sind – es dürfen dem auch keine Regulierungen im Weg stehen. Solche Regulierungen wurden durch politische Entscheidungen, die Erfindung von ausgebufften Finanzprodukten und immer undurchsichtigere Praktiken in der Finanzwelt ausgehebelt. Man kann hier die Hebelwirkung von Derivaten benennen, die dafür sorgen, dass die Summe, über die eine Finanzinstitution ursprünglich verfügt, massiv angehoben wird. Diese abgeleiteten Produkte ermöglichen langfristige und komplizierte Kauf- und Verkaufsoperationen. Banken können sich auf diese Weise ihrer faulen Kredite entledigen, indem sie sie mit anderen zusammenlegen und »verbriefen«, um sie so als »Wertpapiere« (oder Titel) zu verkaufen. Das mit diesen Krediten verbundene Risiko wird in Umlauf gebracht und verschwindet aus der Bilanz; damit werden auch die Regeln unterlaufen, die für solche Geschäfte ein gewisses Eigenkapital verlangen.

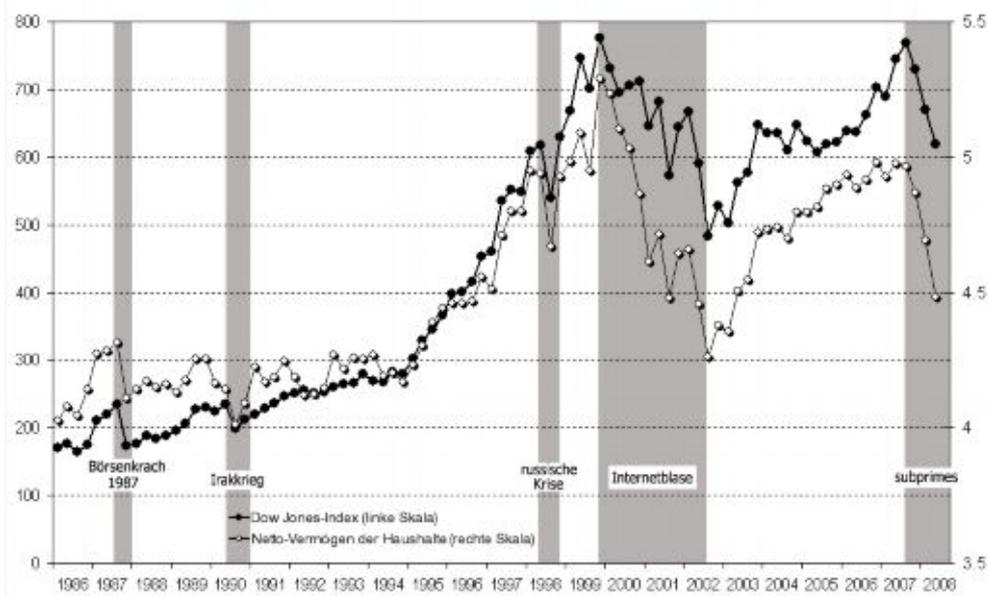
¹ Auszug aus *Kapitalismus pur*, Neuer ISP-Verlag, 2009, <http://tinyurl.com/kapur9>.

² Zu den Einzelheiten vgl. *Les Echos*, « La crise financière au jour le jour », <http://tinyurl.com/toxico2>; Jacques Sapir, « Sept jours qui ébranlèrent la finance », September 2008, <http://tinyurl.com/toxico1>.

³ Es synthetische Zusammenfassung findet man bei Michel Aglietta, « 10 clés pour comprendre la crise », *Le Nouvel Observateur*, 25 September 2008, <http://tinyurl.com/toxico3>

Die *subprimes*-Krise ist in einem relativ überschaubaren Marktsegment ausgebrochen, nämlich bei den durch die gekauften Häuser gesicherten Hypothekendarlehen für arme Haushalte. Bei diesen Krediten handelte es sich um Schwindelverträge, denn die Banken wussten nur zu gut, dass die Kredite nicht zurückgezahlt werden würden. Doch die Verbriefung ermöglichte es ihnen, das Risiko los zu werden. Der Umschwung auf dem Immobilienmarkt fiel mit den ersten Privatkonkursen zusammen: Der Verkauf der Häuser, auf denen die faulen Kredite lasteten, war nicht mehr oder nur zu einem Preis möglich, der unter der Höhe des anfänglichen Kredites lag. Diese Immobilienkrise löste eine Kettenreaktion aus: Eine Bank nach der anderen entdeckte ihre Verluste und bekam zunehmend Probleme, neue Finanzierungsquellen zur Deckung der Verluste zu erschließen. Um zu verhindern, dass es zu einem Bankensterben in Serie kam, pumpten Zentralbanken und Regierungen Geld ins System oder »verstaatlichten« einen Teil der Banken.

Grafik 1: Börse und Vermögen der Privathaushalte in den USA



Dow Jones-Index zu laufenden Preisen (1960 = 100)

Netto-Vermögen der Haushalte als Vielfaches ihres laufenden Einkommens

Von der virtuellen zur realen Ökonomie

Aus diesem kurz zusammengefassten Szenario ergeben sich mehrere Fragen. Die wichtigste ist die nach dem Zusammenhang und Übergang von der virtuellen zur Realwirtschaft. Wie jede Finanzkrise muss auch die gegenwärtige Krise als ein Ordnungsruf des Wertgesetzes interpretiert werden.

Alle finanziellen Aktive besitzen einen bestimmten Wert. Wenn ich eine Million Aktien besitze, deren Kurs bei 100 Euro liegt, beträgt mein Reichtum 100 Millionen Euro. Wenn sich der Aktienkurs verdoppelt, verdoppelt sich auch mein Reichtum, wenn er um die Hälfte fällt, verliere ich 50 Mio. Euro. Doch diese Zahlen messen nur den virtuellen (fiktiven) Wert meines Geldvermögens. Die Gewinne (oder Verluste) werden erst real, wenn ich versuche, meine Aktien los zu werden, um an Bargeld zu kommen, damit ich mir ein reales Gut, etwa ein Eigenheim, leisten kann. Die Börsenkaptalisierung, also der Gesamtwert der Aktien, ist an und für sich fiktiv. Die Finanzmärkte sind vorwiegend Sekundärmärkte, auf denen man z.B. Aktien von Vivendi verkauft, um solche von France Telecom zu erwerben. Die

Aktienkurse können je nach Angebot und Nachfrage schwanken, aber die Transaktionen sind an sich genauso virtuell wie der Kurs, zu dem sich An- und Verkäufe tätigen. Man könnte den Preis dafür auch vertausendfachen, als handelte es sich um ein besonderes Geld, das mit dem wirklichen nichts zu tun hat. Man könnte sich auch ein Wirtschaftssystem vorstellen, in dem jeder Mensch Aktienmilliardär wäre, vorausgesetzt natürlich, er würde sie nicht verkaufen. Um bestimmte, sich im Umlauf befindliche Begriffe zu verwenden: Wir hätten es mit einer »Realwirtschaft« zu tun, die ihren üblichen Gang geht, und einer Finanzsphäre, die sich exponentiell aufbläht.

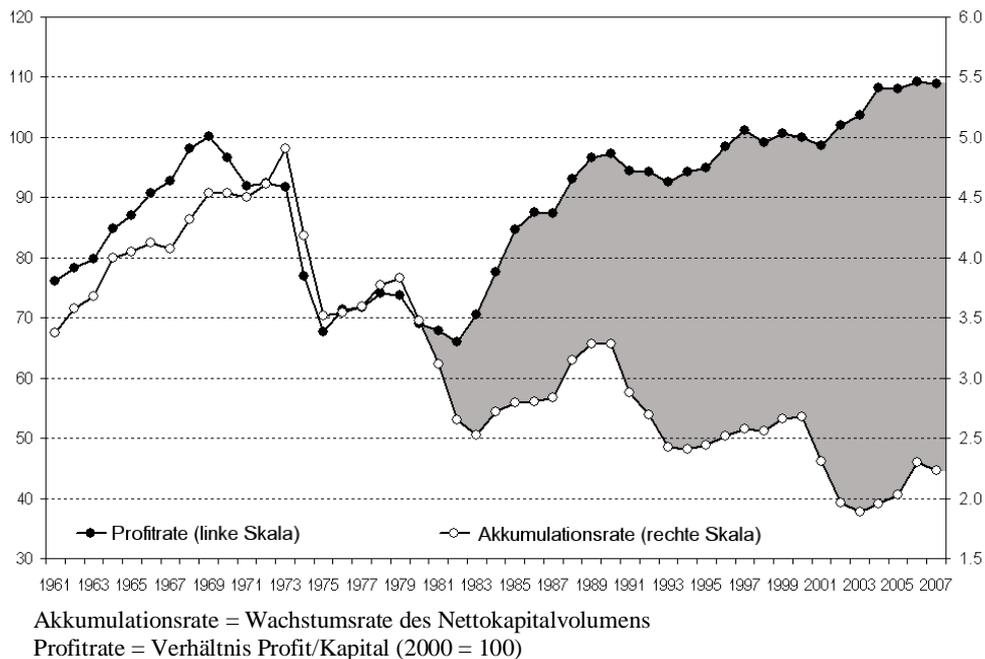
Aber auf Dauer ist eine solche Divergenz nicht möglich, weil zwischen der Finanzsphäre und der Realwirtschaft »Verknotungen« bestehen. Eine Wirtschaft, die mit 2% oder 3% wächst, kann keine durchgängige Rendite von 15% abwerfen, wie die Apologeten der Pensionsfonds uns weismachen wollen. Solange die Einkünfte aus Vermögenstätigkeit neuerlich platziert werden, nehmen die Vermögen zu, ohne dass eine materielle Bindung an die Realwirtschaft besteht, und die Diskrepanz kann theoretisch unbegrenzt wachsen. Aber wenn ein Teil der Ziehungsrechte aus diesen Vermögenstiteln in die Realwirtschaft übertragen, also in Waren umgetauscht werden soll, ist dieser Vorgang dem Wertgesetz oder in herkömmlichen Begriffen den Regeln von Angebot und Nachfrage unterworfen. Wenn wir annehmen, dass diese neu erworbene Kaufkraft keine Entsprechung in der Produktion findet und auch die Lohnnachfrage nicht ersetzen kann, dann erfolgt die Anpassung über die Preise, was zu einer Abwertung der Einkommen einschließlich der Einkommen aus Vermögenstätigkeit führt. Dieser Zusammenhang erklärt im Übrigen auch die große Empfindlichkeit der Vermögensbesitzer der Inflation gegenüber, denn die realen Einkünfte ihres Vermögens hängen natürlich davon ab. Kommt es zu einer solchen Entwertung, schlägt sie sich in den Vermögenswerten nieder und die Kurse der Wertpapiere müssen fallen, um sich den realen Gewinnen, die sich mit ihnen erzielen lassen, wieder anzupassen.

Die Finanztitel stellen einen Rechtsanspruch auf einen Teil des produzierten Mehrwerts dar. Solange man dieses Recht nicht ausübt, bleibt alles virtuell. Sobald man es aber umsetzen will, entdeckt man, dass es dem Wertgesetz unterworfen ist, das schlicht und einfach bedeutet, dass man nicht mehr Reichtum verteilen kann als vorher produziert worden ist. Aus objektiver Sicht nehmen die Börsenkurse die zukünftigen Profite der Unternehmen vorweg, von denen die Kapitaleinkünfte ein Teil sein werden. Inzwischen haben sie jedoch völlig abgehoben und haben nur noch eine ganz ferne Beziehung zu den Kapitalrenditen, die auf der Ausbeutung menschlicher Arbeit gründen. Nie zuvor in der ganzen Geschichte des Kapitalismus hatte dieses Phänomen solche Ausmaße erreicht und es konnte unmöglich ewig andauern.

Die ökonomische Basis der Finanzmärkte

Finanzblasen beruhen nicht nur auf den Illusionen raffgieriger Spekulanten, sondern nähren sich aus der permanenten Erzeugung von überschüssigem Kapital. Die wichtigste Quelle ist das tendenzielle Wachstum des nicht akkumulierten Profits, der ebenfalls einer zweifachen Entwicklung entstammt: Einerseits dem allgemeinen Sinken der Reallöhne (vgl. Kapitel 1) und andererseits der stagnierenden, ja sogar rückläufigen Akkumulationsrate trotz Wiederherstellung der Profitrate. Grafik 2 zeigt, dass Profitrate und Akkumulationsrate (Neuinvestitionen) bis Anfang der 1980er Jahre parallel gingen und danach immer stärker auseinander liefen. Das grau schraffierte Feld weist die Zunahme des nicht akkumulierten Anteils am Mehrwert aus.

Grafik 2: Profit- und Akkumulationsrate, USA + EU + Japan



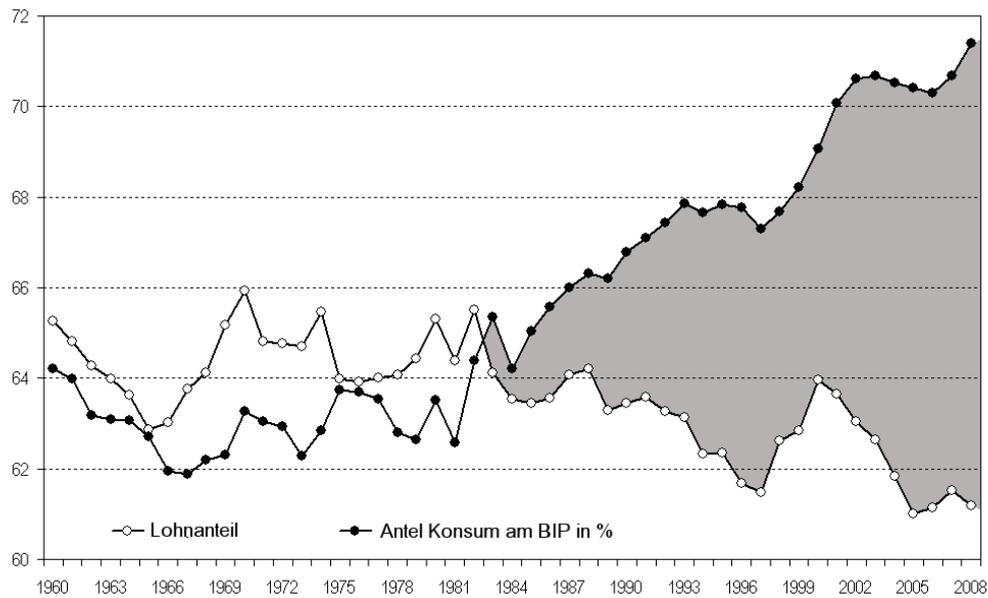
Diese nie da gewesene Konstellation wirft a priori die Frage auf, wer die ganzen Produkte kaufen soll, wenn der Lohnanteil sinkt und die Investitionen stagnieren. Anders gesagt, welches sind die Reproduktionsschemata, die mit diesem neuen Modell vereinbar sind? Dafür gibt es nur eine mögliche Antwort: Der Konsum aus nicht lohnförmigen Einkünften muss den stagnierenden Konsum der Lohnabhängigen kompensieren. Genau dies ist passiert, wie man

Die Entwicklungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: In den USA bleibt der Anteil der Löhne am BIP relativ konstant, aber der Konsum der Privathaushalte nimmt viel schneller zu als das BIP. In Europa bleibt der Anteil des Konsums am BIP in etwa gleich, wiewohl der Anteil der Löhne deutlich zurückgeht (grau schraffiert). In beiden Fällen öffnet sich die Schere zwischen dem Anteil der Löhne und dem des Konsums, so dass der Abstand zwischen Profit und Akkumulation kompensiert wird. Es ist die Finanzwirtschaft, die diese Lücke kompensiert, was auf dreierlei Wegen passiert: Der erste ist der Konsum der Rentiers (»Couponschneider«), ein Teil des nicht akkumulierten Mehrwerts wird an die Bezieher von Einkünften aus Vermögenstätigkeit verteilt. Dies ist ein wichtiger Punkt, denn die Reproduktion ist nur möglich, wenn der Konsum der Rentiers den der Lohnabhängigen übernimmt, damit ausreichende Absatzmärkte geschaffen werden. Zwangsläufig ergibt sich daraus ein Anstieg der Ungleichheit.

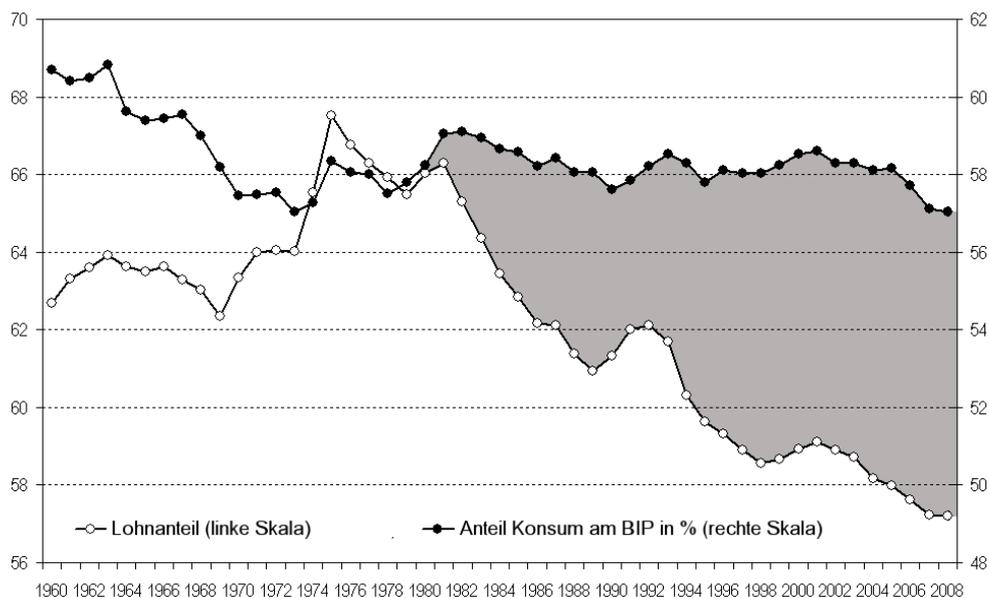
Die zweite aus der Finanzwelt kommende Wirkung besteht in der Verwischung der Abgrenzungen zwischen Löhnen und Einkommen aus Vermögenstätigkeit: Ein wachsender Anteil der Einkommen der Lohnabhängigen nimmt die Form von Vergütungen aus Vermögenstätigkeit an, was man eher als eine Verteilung von Mehrwert denn als wirklichen Lohn analysieren sollte. Schließlich – und dies trifft insbesondere auf die USA zu – ermöglicht die Finanzwelt eine galoppierende Verschuldung der Haushalte, deren Konsum nicht wegen zunehmender Löhne, sondern wegen einer abnehmenden Sparquote zunimmt.⁴

⁴ Vgl. Michel Husson, « Etats-Unis: la fin d'un modèle », *La Brèche* Nr. 3, 2008, <http://hussonet.free.fr/usbrech3.pdf>

**Grafik 3: Anteil der Löhne und des privaten Konsums am BIP
USA**



Europäische Union



Die Finanzwirtschaft ist also kein Parasit an einem ansonsten gesunden Körper. Sie lebt von den nicht investierten Profiten, erlangt aber mit der Zeit einen Grad von Unabhängigkeit, der den Mechanismus weiter verstärkt. Das »freie« Kapital zirkuliert auf der Suche nach maximalem Profit (die berühmte Vorgabe von 15% oder mehr) und in bestimmten Sektoren kann es ihn auch – vorübergehend – erzielen. Die Banken selbst streichen einen wachsenden Anteil der Gewinne ein. Diese Konkurrenz um maximale Rendite drückt die Rentabilitätsnormen nach oben und schmälert dadurch die als rentabel erachteten Investitionsmöglichkeiten, wodurch wiederum neues Kapital freigesetzt wird, das sich seinerseits auf die Suche nach Höchstrenditen im Finanzsektor macht. Dieser Teufelskreis beruht auf einer für die Arbeitenden ungünstigen Einkommensverteilung und der Nicht-Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Das Überspringen in die Realwirtschaft

Im Jahr 1987 hatte der Börsenkrach die meisten Wirtschaftswissenschaftler zur Prognose einer massiven Verlangsamung des Wachstums der Weltwirtschaft verleitet. Das Gegenteil ist eingetroffen: Ab 1988 erlebten die entwickelten Länder einen sehr dynamischen Aufschwung. Die Börsenkrise hatte die Realwirtschaft nicht erreicht, ja im Gegenteil für eine Bereinigung und einen Neuanfang gesorgt. Darin liegt die klassische Funktion von kapitalistischen Krisen, die Geschäftsfelder zu prüfen und die »lahmen Enten« auszusondern. Ein paar Jahre später erlitt Japan, das damals als aufstrebende Macht gehandelt wurde, die dabei sei, die Weltmärkte zu erobern, eine weitreichende Krise im Immobilien- und Hypothekensektor. Dem folgte ein Jahrzehnt fast ohne Wachstum und von diesem Schlag hat sich die japanische Wirtschaft bis heute kaum erholt.

Je nach Ort und Zeit ist der Finanzsektor also mehr oder weniger unabhängig, und es stellt sich auch heute das Problem, ob die Finanzkrise auf die Realwirtschaft überspringen wird. Eine erste These besagt, dass man die gegenwärtige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums nicht hauptsächlich auf die Finanzkrise, sondern auf andere Faktoren zurückführen muss: den Anstieg der Preise für Öl und Rohstoffe, eine unangepasste Währungs- und Haushaltspolitik in Europa, die Konkurrenz der Schwellenländer usw. Die Finanzkrise als solche treffe vor allem die USA und werde relativ wenig Auswirkungen auf die Weltkonjunktur haben. Laut der These von der Entkoppelung werde die Nachfrage aus den Schwellenländern diejenige der Vereinigten Staaten ersetzen. Das Eingreifen der Zentralbanken und Staaten verhindere eine Kettenreaktion wie in der großen Depression von 1929 und strecke die Verluste der Banken zeitlich. Zusammengefasst lautete diese These, die Bereiche der Finanz und der Realwirtschaft seien relativ unabhängig voneinander.

Diese Analyse stützt sich auf unbestreitbare Tatsachen, zieht daraus aber nicht die Schlussfolgerungen, die ihrer optimistischen Einstellung zuwiderlaufen. Es stimmt, dass die Krise verschiedene Dimensionen vereint, was besonders auf die steigenden Öl- und Rohstoffpreise zutrifft. Doch diese verschiedenen Aspekte wirken zusammen und lassen sich letztlich auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt zurückführen, nämlich die heutige Struktur der Weltwirtschaft. Man versteht nichts von der gegenwärtigen Krise, wenn man meint, sie in getrennte Bereiche unterteilen zu können. Ihr zeitliches Zusammentreffen verstärkt das Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft. Es lassen sich sechs wichtige Verbindungskanäle aufzeigen, deren relatives Gewicht von Land zu Land unterschiedlich sein kann:

1. Die Kreditklemme (*credit crunch*) spielt bei der Ausbreitung der Finanzkrise eine wichtige Rolle, weil die unter ihren Verlusten leidenden Banken größte Schwierigkeiten haben, sich zu refinanzieren. Aber diese Einschränkungen betreffen auch den Konsum der Haushalte und die Investitionen der Unternehmen. In Ländern wie den USA oder Großbritannien ist dieser Effekt besonders ausgeprägt, weil der Konsum der Haushalte durch die Verschuldung aufgebläht wird.
2. Die Baisse an den Börsen entwertet das Finanz- und Immobilienvermögen der Haushalte (Grafik 1) und führt dazu, dass sie weniger konsumieren. Dies nennt man den sogenannten Vermögenseffekt.
3. Die allgemeine Verunsicherung – der »Vertrauensverlust« lastet auf dem Konsum- und Investitionsklima.
4. Die Immobilienkrise trägt allein schon zu einem allgemeinen Abflauen der Wirtschaftstätigkeit bei.

5. Die riesigen Summen, die bisher in die verschiedenen »Rettungspakete« geflossen sind, haben einen Rückgang der öffentlichen Ausgaben oder aber Steuererhöhungen zur Folge.
6. Die Konjunkturabschwächung wirkt sich über den Handel und die Investitionen auf die gesamte Weltwirtschaft aus.

Alle diese Mechanismen sind gegenwärtig wirksam und verbinden sich mit anderen Aspekten der Krise (Verfall der Rohstoffpreise usw.), die sich über die Finanzwirtschaft hinaus ausdehnt. Insofern gibt es keine hermetische Abschottung zwischen der Finanzwelt und der Realwirtschaft, denn der Finanzsektor stellt geradezu einen Eckstein des neoliberalen Kapitalismus dar.

Wohin führt die Krise?

Es wäre voreilig und überheblich, heute schon sagen zu wollen, wohin uns die Krise noch führen wird, aber wegen ihres Ausmaßes ist eine Rückkehr zur Normalität unwahrscheinlich. Eines ist jedenfalls sicher, nämlich dass die Grundlagen des US-amerikanischen Modells durch die Finanzkrise in Frage gestellt werden. Dieses beruht auf einem doppelten Defizit, dem Außenhandelsdefizit und einer geringen oder sogar negativen Sparquote im Innern. In beiden Fällen spielt die Finanzwirtschaft beim Ausgleich dieser Defizite eine entscheidende Rolle: Im Innern hat sie das Anwachsen der Verschuldung, vor allem im Hypothekenbereich ermöglicht, nach außen hin muss sie für einen Ausgleich der Zahlungsbilanz sorgen. Aber wenn die Finanzmärkte schrumpfen, verschwinden die Voraussetzungen für dieses Wachstumsmodell: Ein weiterer Anstieg der Verschuldung der Haushalte geht nicht und die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland sind nicht mehr garantiert. Daher wird die Finanzkrise zu einer dauerhaften Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den USA führen, die sich auf die übrigen Welt ausbreiten wird.

Gleichzeitig kann man nicht ersehen, wodurch dieses Modell ersetzt werden soll. Die wirkliche Alternative wäre die Rückkehr zu einer Form des »Fordismus«, der auf einer parallel zur Produktivitätssteigerung vorgenommen Erhöhung der Löhne, einer weniger ungleichen Einkommensverteilung und einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz beruhte. Ein solches Modell ist theoretisch denkbar, setzte aber in der Praxis eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses voraus, was momentan recht illusionär erscheint. Auch nach der Wahl von Barack Obama wird es wahrscheinlich nicht zu einem Programm à la Roosevelt kommen, denn es fehlt seiner Regierung nicht nur an politischem Willen, sondern auch an den Mitteln, denn die Rettungspakete werden den Haushalt langfristig massiv belasten.

Die weitere Entwicklung der Wirtschaft der USA wird deutliche Rückwirkungen auf die übrige Weltwirtschaft haben. Ein erster unbekannter Faktor ist der Dollarkurs, der eigentlich fallen müsste, weil die USA dadurch ihre Exporte anschieben und ihr Handelsdefizit abbauen könnten. Das würde aber darauf hinauslaufen, die Rezession nach Europa zu exportieren, das auf eine Überbewertung des Euro ziemlich deutlich reagiert. Ein Sinken des Dollarkurses oder auch die Beibehaltung des jetzigen Kurses wirft die Frage auf, ob weiterhin Kapital in die USA einströmen wird. Zu einem bestimmten Zeitpunkt werden die Schwellenländer oder die Öl produzierenden Länder abgeschreckt werden, weil ihnen die Renditen zu niedrig oder die Risiken als zu hoch vorkommen. Auf der anderen Seite haben sie kein Interesse an einem schwachen Dollar, weil ihre in Dollar angelegten Aktiva dann auch mit abgewertet würden.

Ein weiterer Faktor muss bedacht werden: Wenn die US-Wirtschaft langfristig Schwäche zeigt, geht den Schwellenländern ein wichtiger Absatzmarkt verloren. Sie werden dann gezwungen sein, die Nachfrage auf ihren Binnenmärkten anzukurbeln. Es ist ziemlich schwierig, diese verschiedenen Faktoren, die sich nicht mit gleicher Geschwindigkeit entwickeln, zu gewichten, aber dennoch sind zwei Prognosen möglich:

1. Die Zeit zur Überwindung der Krise ist direkt proportional zu den riesigen Summen, die zur Rettung des Finanzsektors verausgabt wurden. Am wahrscheinlichsten ist ein Szenario nach japanischem Vorbild, dass also mehrere Jahre nötig sein werden, um die versenkten Summen aufzubringen, die um ein Vielfaches höher liegen als in den vorangegangenen Finanzkrisen. Wenn keine systemverändernden Maßnahmen durchgesetzt werden, wird man sich im Kapitalismus – zumindest in den entwickelten Ländern – auf ein geringes Wachstum und Sozialabbau einstellen müssen. Die wirtschaftliche Rezession schlägt bereits durch und die maßgeblichen Sektoren, etwa die Automobilindustrie, übernehmen den Stab von der Finanzwelt.
2. Die Bewältigung der Krise wird mit heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Hauptakteuren der Wirtschaft einhergehen, die die Auswirkungen möglichst auf die anderen abwälzen wollen. Auf internationaler Ebene wird sich der Handels- und Wirtschaftskrieg zwischen den größeren Wirtschaftsmächten weiter ausdehnen und tendenziell zu einer Aufsplitterung der Weltwirtschaft führen. Dies umso mehr, als »die USA ihren Status als Supermacht des weltweiten Finanzsystems« verlieren werden, wie sich der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück ausgedrückt hat.

Die Dogmen der EU auf dem Prüfstand

Auch in der Krise lebt die Konkurrenz weiter. Die Missklänge in den Erklärungen und den Entscheidungen der Regierungen spiegeln zum Teil folgendes Dilemma wider: Auf der einen Seite haben alle begriffen, dass globale Lösungen gefordert sind, andererseits versucht jeder, seinen Vorteil zu wahren und seine Kastanien aus dem Feuer zu holen. Dies trifft natürlich auch auf das Einzelkapital zu. Die Diskussionen um die Einzelheiten des Paulson-Planes betrafen genau dieses Problem: Sollen alle Finanzinstitutionen gerettet werden oder nur die »goldenen Schwäne«? Umso mehr gilt dies für das berühmte weltweite »gouvernance« (koordiniertes Handeln der großen Staaten), wo überall das Wiederaufleben von nationalen Interessen zu spüren ist. Die über den ganzen Weltmarkt verstreuten Kapitale haben jedes Interesse, in den heimischen Hafen zurückzukehren und sich unter den Schirm ihres jeweiligen Nationalstaates zu begeben. Trotzdem lässt sich noch nicht von einer »Renaissance des Nationalstaates« sprechen, weil der Staat immer der letzte Schutzschild für die Interessen der Bourgeoisie ist. Auch hier zeigen sich die Begrenztheiten der im Buch »Empire« vertretenen Theorien:

Die Globalisierung hat weder die Konkurrenz zwischen den Kapitalen und die Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Mächten aufgehoben noch zur Herausbildung einer kapitalistischen Weltregierung geführt. Im Europa der EU lassen sich die Koordinierungsprobleme dadurch erklären, dass die Länder unterschiedlich stark von der Krise betroffen sind und es offensichtlich kein wirklich europäisches Kapital gibt. Solange es darum ging, Liquidität ins System zu pumpen, konnte die Europäische Zentralbank intervenieren, wenn auch nur von Fall zu Fall. Sobald es sich aber um die Haushalte der Einzelstaaten betreffende Ausgaben handelte, konnte man sehen, dass die EU aufgrund ihrer »Verfassung« nicht über die Mittel verfügt, eine solche Krise zu meistern. Es gibt große Meinungsunterschiede zwischen Frankreich, das gerne einen Rettungsplan auf europäischer

Ebene aufstellen würde, und Deutschland oder Irland, die für sich handeln wollen. Diese Divergenzen würden sicherlich vorübergehend verschwinden, wenn die Krise sich vertiefte. Dennoch wird die Krise die Prinzipien des neoliberalen Aufbaus von Europa *auf Dauer* in Frage stellen. Außerdem wird sie die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft hervortreten lassen: »Es macht sich Pessimismus breit« – selbst auf mittlere Sicht.⁵

Die Auswirkungen auf die Lohnabhängigen

Heute wird so getan, als wäre die Krise eine Art Naturkatastrophe, die die ganze Welt auf dieselbe Art und Weise trifft. Der französische Premierminister François Fillon rief natürlich sogleich zur Einheit der Nation auf. In dieser Panikstimmung soll jeder in die Haut eines Spekulanten schlüpfen. Die Bankenzusammenbrüche werden als Bedrohung auch und gerade für die kleinen AnlegerInnen hingestellt. Zwar sollte man dahinter kein Komplott vermuten, aber die Stimmungsmache trägt dazu bei, die gesellschaftlichen Probleme zu verschleiern. Man kann sie in der einfachen Frage zusammenfassen: Wer soll den Schaden bezahlen?

In den Augen der Besitzenden sind bereits jetzt die Arbeitenden gefordert und zwar nicht in erster Linie als SparerInnen, sondern als Lohnabhängige und RentnerInnen. In den USA hat die Krise bereits Millionen von Haushalten ruiniert, aber die schwerwiegendsten Folgen stehen noch aus, unter anderem für die RentnerInnen jener Länder, in denen die Pensionsfonds am meisten verbreitet sind, so die USA und Großbritannien. In diesen beiden Ländern befand sich das System bereit am Abgrund und der reale Wert der Renten wird mit dem Fall der Börsenkurse ebenfalls verfallen. Daraus lässt sich folgende Lektion erlernen: Es ist offensichtlich eine sehr schlechte Idee, seine Rente den Börsen anzuvertrauen. Jeder Rettungsplan muss diesen Aspekt berücksichtigen – der natürlich im Paulson-Plan nicht vorkommt.

Die Lohnabhängigen stehen zweifach unter Beschuss: Auf direkte Weise, weil die Unternehmen versuchen werden, ihre finanziellen Verluste durch noch striktere Lohndeckelungen zu kompensieren, wobei sie die Inflationsrisiken und die Energiekosten bemühen und sie von einem Klima allgemeiner Verunsicherung profitieren. Zum anderen werden sie auch die indirekten Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft zu spüren bekommen, die zu zahlreichen Pleiten und Entlassungen führen wird. In den USA, Frankreich und Deutschland hat der Arbeitsplatzabbau bereits begonnen. Die Arbeitenden werden auch die ersten Opfer der Kürzungen bei den Sozialausgaben sein, mit denen die Rettungspakete gegenfinanziert werden sollen.

Zurückschneiden der Finanzwirtschaft und sozialer Ausgleich

Auf eklatante Weise bestätigt die Krise den antikapitalistischen oder globalisierungskritischen Standpunkt einer Kritik am finanzgetriebenen Kapitalismus. Alle Ökonomen, die vor kurzem noch die Segnungen der Finanzmärkte gepriesen haben, rufen heute lauthals nach notwendigen Regulierungsmaßnahmen. In Frankreich können die Worte von Staatspräsident Nicolas Sarkozy gar nicht hart genug sein, um die Exzesse des Kapitalismus anzuprangern, während in seinem Wahlprogramm noch steht, man müsse die Vergabe von Hypothekenkrediten ausweiten. Nun verändert sich die ideologische Landschaft rasant und wir müssen die Konfusion unter den Apologeten des Neoliberalismus nützen.

⁵ Patrick Artus, « Peut-on être très pessimiste sur la situation économique, à moyen terme, de la zone euro ? », September 2008, <http://gesd.free.fr/flas8420.pdf>

Aber die Krise schafft nicht automatisch ein für Alternativen günstiges Klima. Die aus dem Zug des Neoliberalismus Ausgestiegenen treiben jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf; sie schwafeln von mehr Transparenz, Vorschriften über mehr Eigenkapital für die Banken, Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking, Einbeziehung der Verbriefungsgeschäfte in die ordentlichen Bilanzen, Begrenzung der Einkünfte der Manager, Reform der Rating-Agenturen oder des Aufsichtswesens usw.

Es geht ihnen darum, wie sich einer der ihnen so schön ausgedrückt hat, »den Kapitalismus vor den Kapitalisten zu retten«.⁶ Diese Vorschläge graben der sozialliberalen Linken das Wasser ab, denn eigentlich handelt es sich hier um ihr Programm. Doch handelt es sich hier um ein absolutes Minimalprogramm, das im Grunde sogar von den wirklichen Erfordernissen ablenkt. Einige der Vorschläge müssen wir unterstützen, so die Austrocknung der Steuerparadiese, es wäre jedoch naiv, würde man den Finanzbehörden und den Regierungen ihre Umsetzung anvertrauen. Die Maßnahmen müssen vielmehr in einen umfassenden Forderungskatalog eingebunden werden, der an die Wurzeln der Finanzmärkte geht und die soziale Frage ganz oben auf die Tagesordnung rückt. Um es zu wiederholen, die eigentliche Quelle der Finanzspekulation liegt in den verweigerten gesellschaftlichen Bedürfnissen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Daher lässt sich die Finanzblase nicht endgültig aus der Welt schaffen, wenn man ihr nicht den Hahn zudreht, aus der sie sich speist.

Diese Orientierung mag von Land zu Land Abweichungen aufweisen. In Europa sollte sie zwei Achsen miteinander kombinieren. Die erste liegt in der Verstaatlichung der Banken. Man wird einwenden, dass genau dieses ja passiert. DAS Argument lässt sich umdrehen: das beweist doch, dass es möglich ist! Was aber im Augenblick geschieht, ist eine Sozialisierung der Verluste, die nur das Ziel verfolgt, die privaten Institutionen zu retten. Eine wirkliche Verstaatlichung muss ohne Entschädigungen vorgenommen werden und sich auf das gesamte System erstrecken, weil alle Finanzmanager an der Krise eine Mitschuld tragen, gleich ob sie Verluste zu verantworten haben oder nicht. Ansonsten liefe es nur auf eine staatliche Hilfe zur Umstrukturierung des Bankensektors hinaus.

Die zweite Achse wäre die soziale Absicherung der Umstrukturierung, damit nicht die Reichen wie in Deutschland und Frankreich üblich ihre Verluste von der Steuer absichern können. Vielmehr müssen die Lohnabhängigen vor den Krisenfolgen geschützt werden, weil niemand behaupten kann, sie trügen dafür auch nur einen Funken Verantwortung. Gleichzeitig müssen Maßnahmen propagiert werden, die die Grundlage für eine andere Einkommensverteilung legen und mit Argumenten der sozialen Gerechtigkeit unterlegt sind. Es muss ausgeschlossen sein, dass die Unternehmen auch weiterhin ihren AktionärInnen enorme Dividenden zuschustern, gleichzeitig aber Entlassungen vornehmen, Löhne kürzen oder Hungerlöhne zahlen. In Frankreich lagen die von den Unternehmen ausgezahlten Dividenden 1982 netto noch bei 4,4%, 2007 aber bereits bei 12,4% des Lohnvolumens.

Die Krise bietet also die Gelegenheit, diese Missverhältnis zugunsten der Löhne zu korrigieren. Statt die Löhne einzufrieren, ist nun die Stunde gekommen, die Dividenden einzufrieren und sie in einen Fonds zur gegenseitigen Unterstützung unter Kontrolle der Lohnabhängigen zu überweisen. Nach demokratischer Debatte über die Verwendung könnten diese Gelder z.B. zur Weiterzahlung der Löhne der Entlassenen (das Verbot der Entlassung würde somit durch Wegnahme der Dividenden finanziert) oder zur Finanzierung der Sozialversicherung, der Sozialhaushalte oder der öffentlichen Dienste verwandt werden. Eine andere Maßnahme bestünde in der Sicherung der Reallöhne der Beschäftigten; denjenigen Unternehmen, die sich dagegen wehrten, würde man in entsprechendem Umfang die staatlichen Beihilfen kürzen. Nur mit solchen Maßnahmen lässt sich erreichen, dass die für

⁶ Luigi Zingales, "Why Paulson is Wrong", September 2008, <http://gesd.free.fr/zingales.pdf>

die Krise Verantwortlichen auch für ihre Kosten entstehen müssen und gleichzeitig die Grundlagen für eine bessere Einkommensverteilung gelegt werden. Die Summe, um die es hier geht, liegen bei etwa 90 Mrd. Euro oder fünf Prozent des französischen Brutto-Inlandproduktes – das entspräche im Verhältnis genau dem Volumen des nach Paulson benannten Rettungsplanes der USA von 700 Mrd. Dollar.

Vier Thesen zum Schluss

1. Bei dieser Krise handelt es sich um eine Systemkrise

Um einigermaßen harmonisch funktionieren zu können, braucht der Kapitalismus eine ausreichend hohe Profitrate – aber auch ausreichende Absatzmärkte. Eine zusätzliche Bedingung muss erfüllt sein, die die Form der Nachfrage betrifft: Sie muss den Sektoren entsprechen, die dank ihrer Produktivitätsgewinne ein dauerhaftes Wachstum mit einer günstigen Profitrate verbinden. Diese Gleichung wird wegen der Entwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ständig in Frage gestellt. Die vielfältige Produktion neuer, innovativer Güter seit den 1980er Jahren hat nicht ausgereicht, einen neuen Markt von beträchtlicher Größe zu schaffen wie etwa im Automobilssektor, der nicht nur die Industrie, sondern auch die Reparaturwerkstätten, sowie die Straßenverbindungen in Stadt in Land umfasst. Das relativ beschränkte Anwachsen der potenziellen Märkte wurde nicht vom Wachstum der Nachfrage kompensiert. Aus diesem Blickwinkel fehlte ein wichtiges Ausgleichselement, das von den Produktivitätsgewinnen zu einem raschen Anstieg der Nachfrage im Zusammenhang mit den wegen der Produktivitätsgewinne relativ sinkenden Preisen führen würde.

Im Gegensatz dazu erleben wir eine Verschiebung der gesellschaftlichen Nachfrage von Fertigwaren hin zu den Dienstleistungen, was schlecht zu den Erfordernissen der Kapitalakkumulation passt. Die Verschiebung erfolgt in Richtung Produktionszonen (von Gütern und Dienstleistungen) mit einem schwach ausgeprägten Produktivitätspotenzial. Auch im Bereich des Produktionsapparates selbst steigt der Anteil an Ausgaben für Dienstleistungen. In dieser strukturellen Veränderung der gesellschaftlichen Nachfrage liegt einer der wichtigsten Gründe für die Verlangsamung der Produktivitätsentwicklung, die die Möglichkeiten für rentable Investitionen ausdünnert. Das Nachlassen der Produktivitätsentwicklung liegt nicht vor allem daran, dass sich der Akkumulationsprozess verlangsamt hat. Genau umgekehrt, weil sich die Produktivitätsentwicklung – der Indikator für zu erwartende Profite – verlangsamt hat, wurde die Akkumulation ihrerseits mutlos und das Wachstum geschwächt, was dann wiederum zusätzlich negative Auswirkungen auf die Produktivitätsentwicklung hatte.

Ein weiteres Element, das bedacht werden muss, ist die Herausbildung einer wirklich globalisierten Wirtschaft, die – indem sie die elementaren gesellschaftlichen Bedürfnisse des Südens mit den Wettbewerbsnormen des Nordens zusammenbringt – tendenziell die ProduzentInnen (und damit Bedürfnisse) des Südens vernichtet. Unter solchen Bedingungen reicht die Verteilung der Einkommen, wenn diese in Sektoren ausgegeben werden, deren geringere oder weniger stark wachsende Produktivität auf die allgemeinen Bedingungen der Rentabilität drückt, nicht aus. Somit fällt der Lohn teilweise für eine Nachfrage aus, die der Struktur des Angebotes angepasst wäre, was einen zusätzlichen Grund darstellt, warum er nicht wächst. Die Ungleichheit der Verteilung zugunsten der begüterten Gesellschaftsschichten (auch auf Weltebene) stellt somit bis zu einem gewissen Punkt einen Ausweg für die Realisierung der Profite dar.

Wir finden hier den fundamentalen Gegensatz zwischen der Transformation der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der kapitalistischen Art und Weise der Anerkennung und Befriedigung dieser Bedürfnisse. Doch das heißt auch, dass das besondere Profil der gegenwärtigen Phase – vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte dieser Produktionsweise – Elemente einer Systemkrise des Kapitalismus zu Tage treten lässt. Man kann sogar die Hypothese aufstellen, dass der Kapitalismus seinen fortschrittlichen Charakter in dem Sinne verloren hat, dass seine Reproduktion nunmehr mit einer allgemeinen gesellschaftlichen Regression verbunden ist. Die Möglichkeiten eines technologischen, sozialen und geografischen Umbaus, die den institutionellen Rahmen für eine neue expansive Phase abgeben könnten, scheinen begrenzt zu sein. Eine solche neue lange Welle würde sich wahrscheinlich mit schwachem Wachstum dahinschleppen. Um eine berühmte Formulierung zu paraphrasieren – wahrscheinlich stellt das Goldene Zeitalter des Nachkriegsbooms »des höchsten Stadiums des Kapitalismus« dar, in dem er am meisten zu bieten hatte. Die Tatsache, dass er sich klar von diesem Angebot zurückzieht, zeigt, dass er für sich eine Art Recht auf gesellschaftliche Regression in Anspruch nimmt.

2. Die beschlossenen Maßnahmen zeigen keinen Weg aus der Krise auf

Die Verstaatlichungen von Banken sind eigentlich keine Verstaatlichungen, denn sie wurden nur teilweise, vorläufig und ohne festgelegte Bedingungen vorgenommen. Ihr Ziel ist es, die Rentabilität des Bankensystems wiederherzustellen und ihm die Mittel für den Umbau zu verschaffen. Wäre es wirklich darum gegangen, den Kapitalismus zu erneuern, dann hätte die Zufuhr von so viel öffentlichem Geld die Gelegenheit sein können, gegen die Banken erheblich schärfere Bedingungen für ihr Funktionieren durchzusetzen. Die Diskurse über die notwendigen Regulierungen, über den Kampf gegen die Steueroasen usw. stellen somit nur Ablenkungsmanöver dar. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die heute ausgereichten Liquiditäten die nächste Blase aufgehen lassen werden.

Das Eingreifen der öffentlichen Hand stellt jedoch ein Eingeständnis dar, das eine Grundlage des Neoliberalismus in Frage stellt, nämlich dass der Finanzsektor am besten privat zu organisieren sei. Aber das Eingreifen läuft darauf hinaus, die Verluste zu vergesellschaften; es genügt nicht, den Weg in Richtung eines anderen Akkumulationsregimes zu eröffnen. Das frühere Regime beruhte auf einem Absenken der Lohnquote, verbunden mit immer höherer Verschuldung. Im Fall der USA kam noch hinzu, dass der Rest der Welt ihr Wachstum finanzierte. Beide Pfeiler dieses Modells sind heute dabei, einzustürzen: Die Binnenverschuldung kann die Nachfrage nicht mehr stützen, so dass aus der Rezession eine klassische Überproduktions- und Realisierungskrise geworden ist. Und die Finanzierung des Defizits der Vereinigten Staaten ist unsicher geworden, und dies umso mehr, als die Überschüsse der Schwellenländer voraussichtlich zurückgehen werden.

Die Politik der Ankurbelung der Wirtschaft springt zu kurz, weil sie nicht zur Wiederherstellung einer gerechteren Neuaufteilung von Löhnen und Profiten führt. Aber dies wäre die wesentliche Bedingung für die Einrichtung oder vielmehr die Rückkehr zu einem keynesianisch-fordistischen Akkumulationsmodell. Das würde die Infragestellung der sozialen Ungleichheiten nötig machen, die in den vergangenen Jahrzehnten immer größer geworden sind, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß in den USA, Europa und ebenso China. Die Politik zur Rettung des Systems kann es wohl schaffen, eine Krise zu verhindern, die derjenigen der 1930er Jahre vergleichbar wäre, aber sie verfügt nicht über Maßnahmen, um eine Depression ähnlich der, die Japan im Verlauf der 1990er Jahre durchgemacht hat, abzuwenden.

Die Ausbreitung der subprimes-Krise auf das gesamte Finanzsystem ist ein Gradmesser für die Verflechtung der Weltwirtschaft und des Finanzsystems. Die Hypothese von der Abkoppelung, wie sie zu Beginn der Krise vertreten wurde, wonach Europa oder China nicht in sie hineingezogen würden und deswegen eine allgemeine Rezession verhindert würde, hat sich schnell blamiert. Die Krise ist noch lange nicht beendet und die Koordinierung der kapitalistischen Autoritäten (Regierungen, Banken, IWF, Staatsfonds, europäische Institutionen usw.) schreitet unter dem Druck der Ereignisse voran. Doch sie reicht längst nicht aus, um ein neues Bretton Woods ins Auge fassen zu können. Das wahrscheinlichste Szenario für die kommenden Monate ist sogar eher eine Verschärfung der Rivalitäten zwischen den nationalen Kapitalismen.

Trotz der Globalisierung der Produktion werden die Widersprüche zwischen den Staaten eine neue Schärfe erreichen, weil jeder Staat versucht, die Krisenlasten teilweise auf die anderen abzuladen. Die USA werden versuchen, den Dollarkurs zu senken, weil sie nur so ihr Handelsdefizit ausgleichen können. In der EU positioniert sich jedes Land im Hinblick auf die Krise sehr unterschiedlich, je nachdem welches Gewicht der Finanz-, der Immobilien- und der Automobilsektor jeweils haben und wie es jeweils in den Weltmarkt eingeordnet ist. Eine wirklich koordinierte Wirtschaftspolitik ist also nicht zu erwarten, und dies umso mehr, als die Europäische Union freiwillig auf die Institutionen verzichtet hat, die eine solche durchführen könnten, zuvörderst ein ausreichender Etat der Gemeinschaft. Bei den Ländern des Südens, vor allem in Lateinamerika und Asien, gibt es eine Tendenz, sich gemäß dem Modell der Politik der Importsubstitutionen, die man in Lateinamerika im Gefolge der Krise der 1930er Jahre entwickelt hat, auf die nationalen und regionalen Märkte zurückzuziehen.

Im Innern jeden Landes ist es der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, der sich vertiefen wird. In den Rettungs- oder Ankurbelungsplänen gibt es nur wenig Hilfen für die Beschäftigten, während die Unternehmen alle Gelegenheiten beim Schopfe packen werden, ihre Rentabilitätsmöglichkeiten zu verbessern. Schließlich werden die öffentlichen Haushalte durch die für die Rettung der Banken und Unternehmen aufgebrauchten Summen tief ins Minus rutschen, so dass es wohl neuerlich zur Kürzung der Sozialausgaben kommen wird. Die politische Konjunktur wird in den kommenden Monaten und Jahren von einem Wettrennen zwischen nationalistischen und protektionistischen Ansätzen und den sozialen Kämpfen gekennzeichnet sein.

3. Die Unmöglichkeit eines Neofordismus

Man könnte sich eine Rückkehr zu einem neuen »Fordismus«, der dank dessen, was Keynes die »Euthanasie des Rentiers« genannt hat, durch eine Neuaufteilung der Einkommen aus Kapital und aus Arbeit auf einem für die Beschäftigten günstigeren Niveau gekennzeichnet wäre, vorstellen. Die Wirtschaft würde neuerlich um die Binnennachfrage herum konzentriert, der Welthandel abgebaut und die öffentlichen Investitionen und Sozialausgaben würden neuerlich die Rolle des Wachstumsmotors spielen.

Aber ein solches Modell würde voraussetzen, dass man die sozialen Ungleichheiten, die mit dem neoliberalen Kapitalismus verbunden sind, abbaut, was wiederum auf eine Auseinandersetzung mit jenen Gesellschaftsschichten hinausliefe, die von diesen Ungleichheiten profitieren. Die Bourgeoisie ist zu einer solchen Selbstreform nicht bereit und die sozialliberalen politischen Strömungen und Parteien möchten die Verantwortung für die sozialen Kämpfe nicht übernehmen, die nötig wären, um ein solches neues Akkumulationsregime durchzusetzen.

4. Der Kapitalismus schafft sich nicht selbst ab

Das Paradox der Globalisierung ließe sich vielleicht so formulieren: Je mehr es dem Kapitalismus gelingt, die Weltwirtschaft nach seinen Vorgaben zu formen, umso mehr verschärfen sich seine Widersprüche. Daher hat sich der weltweite Kapitalismus in die Lage eines »instabilen Ungleichgewichtes« gebracht, in dem sich zahlreiche Elemente des Bruchs finden. Das Szenario einer harten Landung der US-Wirtschaft birgt eine weltweite Rezession in sich, bei der die Verflechtung der Kapitale und der Märkte zusammen mit den Ungleichgewichten des Finanzsektors dazu führen könnten, dass sich die Depression über den ganzen Planeten ausbreitet. Unsere Kritik am Kapitalismus beruht allerdings nicht auf irgendeiner Form von Katastrophenankündigung, sie hängt also nicht vom Eintreffen einer großen Krise ab. Unsere Kritik beruht nicht auf Prognosen, sondern auf der Realität des gegenwärtigen Kapitalismus, die dadurch gekennzeichnet ist, dass er die sozialen Bedürfnisse der Menschheit nicht zu befriedigen vermag – dies reicht völlig aus, könnte man sagen. Es ist möglich, dass sich die gegenwärtige Rezession zu einer weltweiten Depression ausweitet, doch das würde keineswegs einen positiven Umbau der Gesellschaft garantieren. Die Kritik am heutigen Kapitalismus führt daher nicht dazu, auf die Krise zu warten, die den Kapitalismus zusammenbrechen lässt, sondern die Entwicklung dieses Systems zu studieren, um sich die Mittel seiner Abschaffung vorstellen zu können. Die grundlegende Fragestellung läuft in der Tat darauf hinaus, ob sich die gegenwärtige Instabilität auf der Achse der Konflikte zwischen kapitalistischen Ländern oder der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ausbreitet.

Bereits heute hat die Krise die Legitimität des neoliberalen Kapitalismus und die Rezepte seiner Ideologen stark angegriffen. Ihre Erfolge sind direkt proportional zu den gesellschaftlichen Rückschritten, die sie ohne Gegenleistungen durchzusetzen vermochten. Auch wenn die Kräfteverhältnisse noch günstig für sie stehen, sollte eine Sache klar sein: Die Projekte, die darauf hinauslaufen, ein solches System zu regulieren, zu disziplinieren oder gar zu humanisieren, sind im gegenwärtigen Kontext pure Utopie im schlechten Sinn des Begriffes. Im Gegensatz dazu ist heute die einzig kohärente Haltung der »pure Antikapitalismus« als Gegnerschaft zum »puren Kapitalismus«; dieser Antikapitalismus muss ein Ausmaß annehmen, das der Bedrohung angemessen ist, die auf dem Wohlergehen der Menschheit lastet.